



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Neuösterreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



in Serbien haben an sich keine weittragende Bedeutung. Die Selbstsucht und die Corruption der Bojaren werden dafür Sorge tragen, daß dort die Verhältnisse beim Alten bleiben und kein äußerer Anziehungspunkt für die rumänische Bevölkerung Oestreichs begründet werde. Und was Serbien anbelangt, so haben die Ereignisse der letzten Jahre, die Haltung des Fürstenthumes während des orientalischen Krieges die Erbärmlichkeit der serbischen Zustände sattsam bewiesen und die Furcht vor diesem zukunftsreichen Kern des südslawischen Staatensystems vollständig beseitigt. Ob die Familie Obrenowitsch oder die Familie Georgewitsch auf dem Fürstenthron sitzt, immer wird sich Patchouli mit Schweinefett mischen. Die Geruchsnerven der Nachbarn mögen darunter leiden, aber ihre politische Gesundheit wird dadurch nicht gefährdet. Nur insofern den französischen und russischen Intriguen die Thür geöffnet wird, haben diese Wirren eine bedenkliche Seite. Diese Thür war aber niemals verschlossen. Die Stourdzas und Ghikas u. s. w. leben schon längst in der Schallweite der Tuilerien, und Fontons schöne Worte und schönere Ducaten haben auch während der Herrschaft Alexanders den Weg nach Serbien gefunden. Größer und unmittelbarer ist die Gefahr, welche die schwer vermeidliche italienische Revolution heraufbeschwört. Es ist möglich, daß Italiens übermüthiger Ruf vom Jahre 1858: *Italia farà da se* auch diesmal, aber freilich nur das nothgedrungene Programm bilden und wenigstens vorläufig eine fremde Intervention nicht stattfinden wird. Noch wahrscheinlicher ist in diesem Fall der Sieg Oestreichs. Seine Armee ist besser geschult und zahlreicher als vor zehn Jahren und überdies auf die Ereignisse vollkommen vorbereitet. Der fluchtähnliche Rückzug aus Mailand, die schmachvolle Capitulation von Venedig würden in einem neuen Feldzug gewiß nicht ihre Wiederholung finden. Auch die in der Zwischenzeit wesentlich verbesserten Communicationen, die engere Verbindung der Lombardei mit den innern Provinzen, vor allem aber der entschiedene Wechsel in der Stimmung der übrigen österreichischen Bevölkerung läßt die Waagschale zu Gunsten Oestreichs sich neigen. Die peinliche Scene im wiener Reichstag, als der unglückliche Graf Latour den Siegeszug Radezky's verkündigte und das Dankesvotum der Volksvertreter für die heimische Armee als Antwort erwartete, dafür aber schändliche Verdächtigungen und bezeichnendes Stillschweigen empfing, ist noch nicht vergessen. Die Furcht, die damals als Gespenst herumwandelnde Hofpartei werde den Triumph Radezky's in ihren Interessen ausbeuten, ließ die Siegesfreude selbst bei jenen nicht aufkommen, die sonst patriotischen Gefühlen keineswegs unzugänglich waren. Das steht gegenwärtig nicht zu besorgen, einen nachtheiligen Rückschlag auf das Verfassungswerk kann der günstige Ausgang eines italienischen Krieges nicht ausüben, weil jenes, wie die politischen Hoffnungen überhaupt, für lange Zeit begraben liegt. Dagegen wird ein rascher und

vollständiger Sieg Oestreichs geringere finanzielle Opfer kosten, und endlich, so lautet das gewöhnliche Raisonnement, verdienen die Lombarden eine empfindliche Züchtigung. Es mag den Fernstehenden komisch erscheinen, von den Italienern selbst als frecher Hohn angesehen werden, es steht dennoch fest, daß die Lombarden in dem übrigen Oestreich vielfach Neid erregen und bitterer Mergel über die verhältnißmäßig schonende Behandlung derselben sich in den weitesten Kreisen kundgibt. Die italienischen Provinzen allein haben den herben Geschmack entwertheter Banknoten und hohen Silberagios nicht verkostet, bei ihnen hörte der Goldregen nicht auf, während alle übrigen östreichischen Länder unter jahrelanger Metalldürre schmachteten. Nur bei den Lombarden war die freiwillige Anleihe thatsächlich, was ihr Name verhieß, nur hier machten sich die Folgen derselben, die sonst überall bis zu dieser Stunde nachklingen und die Geldnoth andauern lassen, nicht geltend. Die italienischen Provinzen durften viele Jahre lang durch ein kolossales Schmuggelsystem die östreichischen Schutzzölle in Freihandel verwandeln und ungestraft der östreichischen Industrie Wunden schlagen. Sie erhielten eine Provinzialverwaltung, die mit Eifer die besondern Interessen ihrer Untergebenen wahrnahm, ja wie noch jüngst einzelne Ereignisse offenbarten, für diese selbst den Kampf mit der Centralregierung nicht scheute. Allmächtig im übrigen Oestreich stieß das wiener Ministerium in den italienischen Ländern allein auf feste Schranken und wich z. B. bei dem Rekrutirungsgesetz, bei der Einführung der neuen Währung hier dem Widerstand der öffentlichen Meinung. Das sind bekannte Thatsachen, die oft genug das Murren der Altöstreicher hervorriefen und das Sprichwort veranlaßten: Der Malcontente in Oestreich verstehe seinen Vortheil schlecht, wenn er nicht zur offenen Empörung schreite. Jenem verzeihe die Regierung nimmermehr, den Revolutionär begnadige sie nicht allein, sondern überhäufe ihn auch noch mit Wohlwollen. Die Kosten dieses Wohlwollens sind schon erklecklich, sollen nun auch jene der lombardischen Undankbarkeit getragen werden? Das mündet den Bewohnern der übrigen Provinzen schlecht und aus diesem Grunde wünschen sie den Lombarden alles Ueble auf den Hals. Die feindselige Stimmung gegen Italien unter allen Classen der östreichischen Bevölkerung ist eine sichere Thatsache, ebenso gewiß, daß nur Siegeswünsche das kaiserliche Heer im Kampf sei es gegen die Piemontesen, sei es gegen die Franzosen begleiten werden. Auf der andern Seite verhehlt sich aber auch niemand das Gefährliche der Lage. Der Krieg in Italien hat keinen Ausgang. Der Sieg der östreichischen Waffen würde nur in dem Fall politische Früchte bringen, wenn die sardinische Verfassung aufgehoben und Sardinien wie Mittelitalien überhaupt dauernd besetzt werden könnten. Die öffentliche Tribune in Turin, die selbstständige Existenz der italienischen Kleinstaaten sind mit der Ruhe in der Lombardei unverträglich. Kein Zweifel

daß die östreichischen Offiziere jenes Ziel wünschen, aber auch kein Zweifel, daß das Concert der Großmächte zu dieser Lösung der italienischen Frage seine Zustimmung nimmermehr geben wird. Und da Oestreich nicht in der Lage ist, dem gemeinsamen Widerspruch aller Großmächte zu trotzen, so wird es sich mit dem Ministerwechsel in Piemont und mit einer sardinischen Kriegscontribution begnügen müssen, grade wie vor zehn Jahren um — grade wie vor zehn Jahren gewiß zu sein, daß demnächst der Streit von neuem beginnen werde. Dies alles unter der Voraussetzung, daß Oestreich im Kampfe siegt und der Kampf nach dem neuerfundnen Namen, localisirt, zwischen Oestreich und Sardinien ausgefochten wird. Wie aber, wenn das Kriegsfeuer weiter um sich greift, und Sardinien nur als Vortrab des französischen Heeres auftritt? Wir unterlassen es, uns über die Wahrscheinlichkeiten des Ausgangs auszusprechen, in wohlfeilen Prophezeihungen uns zu ergeben. Als gute Oestreicher zweifeln wir auch in diesem Falle nicht, daß unser Heer neue Siege erringen wird, aber — wir verzweifeln schier an unserer Fähigkeit, die Wunden, die dem innern Wohlstand ein andauernder, allgemeiner Krieg schlagen wird, zu tragen, ohne zu verbluten. Es wird jezt spät, wenn nicht vielleicht zu spät allen klar, daß unsere Regierung die Zeit der Friedensjahre unbenutzt vorüberstreichen ließ, die unbestreitbar großen Machtmittel des Staats ungenügend entwickelte, die Opferfähigkeit des Volkes wissentlich einschränkte. Die officiellen Stimmen werden natürlich widersprechen und es als Lüge bezeichnen, trotzdem bleibt es wahr und wird als öffentliches Geheimniß schon längst in das Ohr geflüstert, daß ein schneidender Gegensatz die höchsten Regierungskreise scheidet; in Folge des innern Zwiespaltes alle Klarheit und Energie aus der Verwaltung gewichen ist. So lange Freiherr Bach noch an seinen Centralisationsideen festhielt und in der französischen Administration das höchste Ideal erblickte, war den Freunden des alten Regime, den Anhängern der Metternich-Nikolowratischen Herrschaft jede Handhabe, ihre Opposition geltend zu machen, genommen. Das Centralisationssystem machte aber bekanntlich, kaum eingeführt, das glänzendste Fiasco. Bach, von allen Seiten bestürmt, gab selbst seinem Werk den Todesstoß und näherte das Verwaltungssystem dem alten durch die Revolution gebrochenen Zuschnitt. Die Provinzialregierungen erhielten eine größere Selbstständigkeit, die Justiz wurde für die Omnipotenz der politischen Behörden confiscirt, die Keime eines wirklichen Gemeindelebens kräftigst unterdrückt. Bis zu einem förmlichen Widerruf seines eignen und, wie wir gern zugestehen, vielversprechenden Weges stieg der Muth der Verzweiflung bei dem rathlosen Minister nicht. Er begnügte sich, die Organisation Oestreichs auf dem Papier bestehen zu lassen, die bereits durchgeführten Reformen aber als bloße provisorische Maßregeln zu bezeichnen. Mit dieser Halbheit war aber Bachs alten Gegnern, der durch

die Aufhebung der Unterthänigkeit verbitterten Aristokratie und den im Sturmjahr zurückgesetzten hohen Beamten der alten Zeit nicht gedient. Die Anerkennung, daß die von Bach begonnene neue Organisation keine rechte Lebensfähigkeit besitze, deuteten sie als volle Berechtigung ihrer Ansprüche, an die Stelle des Stillstandes in der definitiven Regelung der innern Verhältnisse möchten sie den Rückgang zum alten System setzen oder, weil das im Augenblick noch nicht möglich ist, den Stillstand, das Provisorium verewigen. Diese Tendenzen haben auch ihr officiellcs Organ gefunden. Der Reichsrath, so weit wenigstens die Kunde seiner Wirksamkeit reicht, ist der dem Ministerium angehängte Hemmschuh, bestimmt, alle Thätigkeit des letztern zu paralyßiren, alle definitiven Maßregeln zu verzögern.

Wer die Grundsätze der innern Politik Oestreichs seit den letzten sechs Jahren verfolgen wollte, würde eine harte Mühe mit ihrer Auffindung haben. Hat die Regierung das klare Bewußtsein, daß die Ausbreitung deutscher Cultur das einzige Mittel ist, das Einheitsgefühl zu stärken und an die Stelle blinder Nationalitätsliebhabereien einen gesunden politischen Patriotismus zu setzen? Jeder freie Act des Cultusministeriums ist Bürge dafür. Wie erklärt man aber dann die auffallende Begünstigung der ultramontanen Partei, die vom Haß gegen die ihren Bestrebungen allerdings feindselige deutsche Bildung lebt und ihre Hoffnungen auf die dauernde Isolirung der kleinen culturarmen Nationalitäten stützt? Oder ist die Schonung der letzteren, ihre Erhaltung und Pflege in den Absichten der Regierung gelegen? Man möchte es glauben, da in den historischen Lehrbüchern auch die bloße Erwähnung des Bundesverhältnisses Oestreichs mit Deutschland vermieden wird. Wie reimten sich aber damit so kleinliche Maßregeln, wie die der Errichtung eines czechischen Theaters in den Weg gelegten Schwierigkeiten oder die Veränderung des Programms der ungarischen Akademie: „Pflege der Wissenschaften in magyarischer Sprache“ in Pflege der Wissenschaften und der magyarischen Sprache? Kein Mensch vermag zu sagen, welche Handelspolitik die Regierung befolgt, da die entgegengesetztesten Bestrebungen das gleiche Wohlwollen, dieselbe Aufmunterung genießen; niemand hat noch ihre eigentlichen Administrationsgrundsätze ergründet. Der Beamtenstand ist lange nicht vollzählig genug, um ein bureaukratisches Regiment durchzuführen und doch ist Communen und Individuen alle freie Selbstbestimmung genommen. Und ebenso hat noch niemand das Wort der Lösung für unsere räthselhafte äußere Politik gefunden. Sie setzt sich seit Jahren aus einer Reihe verspäteter Kraftanstrengungen, zaghafter und erfolgloser Proteste und übel angebrachter Zugeständnisse zusammen. Wir haben im Interesse der Türkei eine schöne Armee durch Krankheiten decimiren lassen und auf unsern Schuldenberg noch eine neue Last gethürmt, um die Schwächung und tiefste Erniedrigung der Türkei durch ihren franzö-

fischen Bundesgenossen zuzulassen, wir haben durch unzeitige Schwäche in den Donaufürstenthümern die Anarchie mitgestiftet, Serbien wieder so viel guten und eindringlichen Rath ertheilt, bis Oestreichs Schützling und Werkzeug allen Halt verlor, wir haben es an Eifersüchteleien gegen Preußen nicht fehlen lassen, um im nächsten Augenblick an deutsche Sympathien und das preußische Schwert zu appelliren. Das sind betrübende Thatsachen, die die besten Patrioten wegwünschen aber nicht weglegnen können. Ihnen entspricht die allgemeine Stimmung in Oestreich. Der Glaube an den Muth der Regierung, die obwaltenden Schwierigkeiten zu besiegen und dem Staat eine endgiltige Organisation zu geben, ist erschüttert und mehr noch als dieses. Auch der Zweifel an der Fähigkeit der Regierung, an der Möglichkeit überhaupt einer solchen Organisation beginnt sich zu regen. Zu diesem Scepticismus hat vor allem das Schicksal der Gesetze über Gemeinde- und Provinzialverfassung beigetragen. Die im Jahr 1849 durchgeführte Gemeindeordnung, der Aristokratie der größte Greuel, wurde bekanntlich nach kurzem Bestehen nicht etwa aufgehoben und durch eine neue ersetzt, sondern zu einem ewigen Sterben verdammt. Den Gemeindegliedern wurde die Ausübung des Wahlrechtes genommen, die Gemeinderäthe von aller Verantwortung gegenüber den Wählern entbunden; die Personen, die sich vor acht Jahren zufällig im Gemeinderath zusammengefanden, müssen in demselben verbleiben bis — woran niemand mehr glaubt — das Provisorium aufgehoben wird. Die Freisinnigen und Verwaltungskundigen haben sich längst von aller Thätigkeit zurückgezogen, auch die Ehrgeizigen fanden die Mühewaltung nicht lohnend; die Unthätigkeit und Verdrossenheit der Einen, Krankheit und Tod der Andern haben große Lücken in die Reihen der Gemeinderäthe gerissen, aber an einen Ersatz darf man nicht denken, die Regierung wagt weder Neuwahlen, noch will sie durch Erneuerung der Gemeindevertreter die öffentliche Meinung ohne Nutzen reizen, und so sehen wir von der Residenz bis zum geringsten Landstädtchen einen Rumpfmagistrat regieren, eine schlechte Stütze für die Regierung, ein noch schlechterer Verwalter der Gemeindeinteressen. Wenn die Regierungsorgane, die in unmittelbarer Berührung mit dem Volk stehen, sprechen dürften, wie würden sich Oestreichs Feinde an dem Bilde des unentwirrbaren Chaos in allen Gemeindeangelegenheiten erfreuen. Es ist übrigens billig, zu erklären, daß einzelne Minister das Unheilvolle der gegenwärtigen Lage vollkommen begreifen und zur Abhilfe gern die Hand bieten. Alle ihre Versuche scheitern aber an dem Widerstand höherer Mächte. Sollen die ehemaligen Grundherrschaften wieder eine isolirte Stellung neben und über der Gemeinde erhalten? Der Wunsch, daß es geschehe, ist in den maßgebenden Kreisen ebenso heiß, als die Furcht über die gewissen Folgen eines solchen Schrittes gewaltig. Keine Ueberredungskunst, kein Versprechen, kein Eid wäre im Stande, die Bauern von der Meinung

abzubringen, daß dann auch die eben erst mit schwerem Geld abgelösten Frohnden zurückgerufen würden. Und das weiß die Regierung. Der Masse der ländlichen Bevölkerung kann man alles bieten, sie hat keinen Sinn für politische Freiheit und Verfassungsleben, sie beugt sich der Priester- und Beamtenherrschaft, duldet die höchsten Steuern, bleibt stets treu und unterwürfig, nur an die errungene Freiheit des Besizes darf man ihr nicht greifen, selbst den geringsten Schein, als ob man die Wiedereinführung der Unterthänigkeit des Bauernstandes beabsichtigte, ihr nicht vorhalten. In einem solchen Fall würde sie selbst vor der offenen Empörung nicht zurückschrecken. Weil dies die Regierung weiß, wird auch dies von mächtigen Persönlichkeiten unterstützte Project, das Gemeindeleben auf den altösterreichischen Fuß zurückzusetzen, niemals verwirklicht werden. Aber dann sollen auch die entgegenstehenden Wünsche ihre Verwirklichung nicht finden. Das Ministerium kann Thatfachen nicht ungeschehen machen, nicht verhindern, daß in die jüdischen Ghetti christliche Proletarier ziehen, israelitische Chefs der größten Industrieanstalten und Banken ihr Geld auch in besserem Licht und gesunderer Luft für ihre Wohnungen anlegen. Das Ministerium muß zunächst für die Erweiterung der Steuerkraft sorgen, es kann nicht zugeben, daß der ländliche Credit durch die Einschränkung der Besitzfähigkeit leide. Es wünscht daher, daß die im Wege des Gesetzes eigentlich schon abgeschaffte Consignirung der Israeliten auf bestimmte Provinzen, Städte und Stadtquartiere, auf die Erwerbung von beweglichem Eigenthum auch thatsächlich beseitigt würde und kann von seinem Standpunkt aus kein Gemeindegesetz vorschlagen, welches das Maß der bürgerlichen Rechte nach Confessionen gliederte. Aber alle Vorschläge scheitern an dem Widerstand einer mächtigen Partei, welche, bekannte Vorurtheile mit Geschicklichkeit benutzend, weil sie für ihre Standesgenossen die gewünschte Ausnahmestellung nicht erreichen kann, wenigstens für die Juden eine solche mit Hartnäckigkeit festhält. Das macht eben die Judenfrage in Oestreich zum Gegenstand so ausgedehnter Debatte, erhöht das Interesse an derselben und erhitzt die Gemüther, weil alle Welt weiß, daß die Juden nur den Vorwand abgeben, um jede definitive Regelung der Gemeindeangelegenheiten zu verhindern. Mit den Landesstatuten ist es in gleicher Weise bestellt. Man kann nicht einfach die alten Stände rehabilitiren, die Industrie, den Handel jetzt, wo Fürsten und Grafen zu Duzenden mit Actien speculiren, von der Vertretung nicht ausschließen, ehe man sich aber zu diesem Zugeständiß herabläßt, läßt man lieber alle Landesstatuten als Papier in den Ministerialbureauz vermodern. Nicht erst seit heute und gestern beklagen die Vaterlandsfreunde diese Schwäche und vollkommene Rathlosigkeit der Regierung. In die Form frommer Wünsche gekleidet hat die berechnigte Forderung eines entschiedenen und vernünftigen Auftretens des Ministeriums, der endlichen Befriedigung schwerwiegender Inter-

